

Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Borken

Sitzungstermin: Mittwoch, 20.05.2015
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:55 Uhr
Raum, Ort: Großer Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend sind:

Vorsitzender:

Lührmann, Rolf Bürgermeister

CDU:

Aehling, Bernadette	Stadtverordnete
Böhr, Benjamin	Stadtverordneter
Börger, Hubert	Stadtverordneter
Fellerhoff, Jürgen	Stadtverordneter
Flasche, Bernd	Stadtverordneter
Keller, Viktoria	Stadtverordnete
Klöpper, Hendrik	Stadtverordneter
Kohlruss, Günter	Stadtverordneter
Kranenburg, Marius	Stadtverordneter
Lansmann, Markus	Stadtverordneter
Niehoff-Elsing, Birgitta	Stadtverordnete
Nikolov, Nico	Stadtverordneter
Queckenstedt, Klaus	Stadtverordneter
Richter, Frank	Stadtverordneter
Rottbeck, Paul	Stadtverordneter
Stork, Günter	Stadtverordneter /
Ortsvorsteher	
Stumpf, Hubert	Stadtverordneter
Tautz, Jürgen	Stadtverordneter
Tubes, Mike	Stadtverordneter

SPD:

Biela, Claudia	Stadtverordnete
Eggern, Dieter	Stadtverordneter
Fritz-Hummelt, Ulrike	Stadtverordnete
Grotzky, Hartmut	Stadtverordneter

Kaiser, Michael	Stadtverordneter
Kindermann, Evegret	Stadtverordnete
Kindermann, Kurt	Stadtverordneter
Niemeyer, Jürgen	Stadtverordneter

UWG:

Ebbing, Brigitte	Stadtverordnete
Koop, Stephan	Stadtverordneter
Spangemacher, Christoph	Stadtverordneter
Weddeling, Heinrich	Stadtverordneter

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Becker, Maja	Stadtverordnete
Brauckhoff, Julian	Stadtverordneter
Gliem, Helga	Stadtverordnete
Wingerter, Sigrid	Stadtverordnete

bis TOP 15 (18.55 Uhr)

Fraktionsloses Mitglied:

Nitsche, Bastian	Stadtverordneter
Westermann, Hartwig	Stadtverordneter

Gäste:

Kuhlmann, Jürgen	
Thesing, Manuel	

bis TOP 11

nur TOP 13 (bis 18.15 Uhr)

Ortsvorsteher:

Finke, Alfons	
Gantefort, Thomas	

Verwaltungsmitarbeiter/in:

Dahlhaus, Martin	Fachabteilungsleiter	
Gottlob, Ralf	Fachbereichsleiter	
Kaling, Markus	FB Gebäudewirtschaft	
Lask, Markus	Leiter Büro Bürgermeister	ab TOP 5
Schlagheck, Wolfgang	Fachbereichsleiter	
Schnelting, Alfons	Fachbereichsleiter	
Schulze Hessing, Mechtild	Erste Beigeordnete	
Tenostendarp, Petra	Fachbereichsleiterin	

Schriftführerin:

Wensing, Franziska	
--------------------	--

Es fehlen entschuldigt:

Borchers, Harald	Stadtverordneter
------------------	------------------

Abgewickelte Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

1	Eröffnung der Sitzung
---	-----------------------

- 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 3 Vereidigung und Einführung des Technischen Beigeordneten Jürgen Kuhlmann
Vorlage: V 2015/066
- 4 Bestellung eines / einer stellvertretenden Wahlleiters / Wahlleiterin für die Bürgermeisterwahl 2015
Vorlage: V 2015/083
- 5 Neuer Internetauftritt Stadt Borken www.borken.de
- mündlicher Vortrag -
- 6 Umwandlung der Rechtsform der EUREGIO in einen öffentlich-rechtlichen Zweckverband
Vorlage: V 2015/088
- 7 Jahresabschluss 2013
Vorlage: V 2015/073
- 8 Kenntnisnahme von über- und außerplanmäßigen Ausgaben sowie nachträglichen Ermächtigungsübertragungen
Vorlage: V 2015/078
- 9 Investitionsvorhaben zum Ausbau des Betreuungsangebotes in der Kita St. Marien, Weseke
Vorlage: V 2015/085
- 10 Resolution zum Ersten Gesetz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen des Landes NW
Vorlage: V 2015/089
- 11 CDU-Antrag - Berichterstattung zum Regionaleprojekt Centrum für Religionen - Kloster Gemen
- 12 Mitteilungen und Anfragen
 - 12.1 Kastanienbäume Jugendburg Gemen
 - 12.2 Friedhofseingang Windthorststraße
 - 12.3 Ausschussbesetzung RGRE

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Lührmann eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Borken und stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er kündigt die Übernahme der Sitzungsleitung durch Stellv. Bürgermeister Hubert Börger zu TOP 7 „Jahresabschluss 2013“ an. Zu TOP 16 soll im nichtöffentlichen Teil der Sitzung eine ergänzende

Information erfolgen. Außerdem gebe es im nichtöffentlichen Teil in Erweiterung der Tagesordnung eine bereits nachgereichte Vorlage für Burlo. Ferner liege ein aktueller Antrag der CDU-Fraktion „Berichterstattung zum Regionale-Projekt Centrum für Religionen“ vor.

Stv. Richter erläutert den CDU-Antrag, dass aufgrund der irreführenden Berichterstattung zum Stand bzw. zur Fortführung des Regionaleprojektes zum Kloster Gemen der Verwaltungsauftrag zur aufklärenden Sachdarstellung des Projektes in öffentlicher Sitzung des nächsten Hauptausschusses oder Ausschusses für Kultur, Schule und Sport beantragt werde. (Anlage 01)

Stv. K. Kindermann weist auf die häufig umfangreiche Tagesordnung im Ausschuss für Kultur, Schule und Sport hin und fragt nach einer Alternative.

Bürgermeister Lührmann sichert entsprechende Behandlung im Ausschuss zu. Der CDU-Antrag werde auf TOP 11 im öffentlichen Teil heutiger Sitzung gesetzt.

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

keine

zu 3 Vereidigung und Einführung des Technischen Beigeordneten Jürgen Kuhlmann Vorlage: V 2015/066

Bürgermeister Lührmann begrüßt Herrn Jürgen Kuhlmann zur Vereidigung und Einführung als Technischer Beigeordneter der Stadt Borken. Leider sei kein früherer Beginn des Arbeitsverhältnisses möglich gewesen und es bleibe beim Beginn des Arbeitsverhältnisses zum 01.07.2015. Die Vereidigung von Herrn Kuhlmann erfolgt durch Nachsprechen der Eidesformel und Überreichen der Ernennungsurkunde zum 01.07.2015. **Bürgermeister Lührmann** gratuliert Herrn Kuhlmann mit einem Präsent. Es folgt ein Pressefoto und die Gratulation vonseiten der Fraktionen und des Verwaltungsvorstandes.

zu 4 Bestellung eines / einer stellvertretenden Wahlleiters / Wahlleiterin für die Bürgermeisterwahl 2015 Vorlage: V 2015/083

Bürgermeister Lührmann erläutert zur Vorlage, dass seine Vertreterin im Amt nicht als stellvertretende Wahlleiterin zur Verfügung stehe aufgrund ihrer Bewerbung für das Amt der Bürgermeisterin.

Beschluss:

Frau Monika Nagel wird mit sofortiger Wirkung zur stellvertretenden Wahlleiterin für das Wahlgebiet der Stadt Borken für die Bürgermeisterwahl 2015 bestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

38 Ja-Stimmen

**zu 5 Neuer Internetauftritt Stadt Borken www.borken.de
- mündlicher Vortrag -**

Herr Lask präsentiert den neuen Internetauftritt der Stadt Borken und weist aufgrund technischer Notwendigkeiten auf die verbesserte Optik und die Optimierung der Inhalte hin. Insbesondere würden wechselnde Bildanzeigen größere Veranstaltungen der Stadt Borken hervorheben und dynamische Inhalte vermitteln. Die neue Technik erlaube responsives Arbeiten im Web-Browser. Das Layout passe sich den jeweiligen Nutzungsmöglichkeiten mit PC, Tablet oder Handy an. Links zu den sozialen Medien wie facebook mit bereits über 1.000 Nutzern und Twitter seien ebenso eingerichtet wie Links zu den Einrichtungen der Stadt Borken wie z. B. VHS und Musikschule mit noch zu gestaltenden Internetseiten. Der Link zum Stadtplan werde noch aktualisiert. Die Gestaltung dieser Seiten solle so erfolgen, dass sie den übrigen Internetseiten der Stadt Borken optisch entsprechen würden.

**zu 6 Umwandlung der Rechtsform der EUREGIO in einen öffentlich-rechtlichen Zweckverband
Vorlage: V 2015/088**

Bürgermeister Lührmann erinnert an den Vortrag von Frau Dr. Schwenzow zur neuen Rechtsform der EUREGIO im Hauptausschuss.

Beschluss:

1. Die **Stadt Borken** stimmt der Satzung für den grenzüberschreitenden Zweckverband EUREGIO zu und beschließt den Beitritt zum Zeitpunkt seiner Gründung.
2. Die **Stadt Borken** stimmt der Erhebung eines Mitgliedsbeitrages – vorbehaltlich der von der EUREGIO-Verbandsversammlung festzusetzenden Beitragsordnung – von 0,29 € pro Einwohner und Jahr zu, wobei sich der Betrag wegen der gleichzeitigen Mitgliedschaft des Kreises im Zweckverband halbiert. Bis zur Auflösung des EUREGIO e.V. werden die Beiträge der „Kommune“ zum grenzüberschreitenden Zweckverband mit den Beiträgen der „Kommune“ für die Mitgliedschaft im EUREGIO e.V. verrechnet werden. Die Haushaltsmittel für den Beitrag von 0,29 € pro Einwohner und Jahr werden insgesamt über die Kreisumlage bereitgestellt.
3. Die **Stadt Borken** benennt:
 - zwei Vertreter/innen sowie deren Stellvertreter/innen für die EUREGIO-Verbandsversammlung:

Vertreter

Stellvertreter

1. Bürgermeister
Rolf Lührmann

Erste Beigeordnete,
Mechtild Schulze Hessing

2. Jürgen Fellerhoff CDU

Claudia Biela SPD

- eine/n Vertreter/in für den EUREGIO-Rat zu benennen (Mitglieder des EUREGIO-Rates müssen auch Mitglied der Verbandsversammlung sein.):

Vertreter

1. Jürgen Fellerhoff CDU

Stellvertreter

Claudia Biela SPD

4. **Der Rat der Stadt Borken** weist ihre/n Vertreter/innen für die Mitgliederversammlung des EUREGIO e.V. an, der Auflösung des EUREGIO e.V. nach erfolgreicher Gründung des grenzüberschreitenden Zweckverbandes EUREGIO zuzustimmen.
5. Ferner weist der **Rat der Stadt Borken** ihre/n Vertreter/innen an, dass abweichend von Art. 18 der Satzung des EUREGIO e.V. dessen Vermögen bei Auflösung nicht an die Mitglieder fällt, sondern auf den grenzüberschreitenden Zweckverband EUREGIO übertragen wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

38 Ja-Stimmen

zu 7 Jahresabschluss 2013
Vorlage: V 2015/073

Bürgermeister Lührmann übergibt die Sitzungsleitung für diesen TOP an Stv. Börger als seinen Stellvertreter. **Stv. Börger** weist auf den Beschluss des Rechnungsprüfungsausschusses in seiner Sitzung vom 22.04.2015 entsprechend dem Prüfbericht des Fachbereichs Rechnungsprüfung hin. **Stv. Spangemacher** äußert in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses keine Bedenken. Da keine weiteren Fragen bestehen, verliest **Stv. Börger** den Beschlusstext und kommt zur Abstimmung.

Bürgermeister Lührmann bedankt sich für das einstimmige Votum und beim Mitarbeiterteam für die geleistete Arbeit.

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss 2013 der Stadt Borken wird in der vom Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 22.04.2015 testierten Fassung mit einer Bilanzsumme von 452.666.800,89 Euro und einem Jahresüberschuss von 1.833.884,93 Euro festgestellt.
2. Der Jahresüberschuss für das Haushaltsjahr 2013 wird in voller Höhe der Ausgleichsrücklage zugeführt.
3. Dem Bürgermeister, Herrn Lührmann, wird für das Haushaltsjahr 2013

uneingeschränkt Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

38 Ja-Stimmen

zu 8 Kenntnisnahme von über- und außerplanmäßigen Ausgaben sowie nachträglichen Ermächtigungsübertragungen **Vorlage: V 2015/078**

Stv. Gliem fragt zu den Umsatzsteuerzahlungen an das Finanzamt für die Jahre 2009 bis 2012, ob solche Nachzahlungen auch für weitere Zeiträume noch erfolgen könnten.

Erste Beigeordnete Schulze Hessing erklärt, grundsätzlich könnten sich bei Umsatzsteuerprüfungen im Nachhinein Zahlungen ergeben. Die Stadt Borken sei stets bemüht, bestmögliche Steuerkonditionen zu erzielen.

Stv. K. Kindermann fragt, wie vorhersehbar Steuerforderungen seien.

Erste Beigeordnete Schulze Hessing erläutert, dass die Stadt Borken zunächst die Höhe der Steuerzahlungen zu den eigenen Gunsten auslege. Im Nachhinein könne das Finanzamt zu einem anderen Ergebnis kommen.

Stv. K. Kindermann erkundigt sich nach den Mehrkosten in Höhe von 79.600 € für höhere Abfuhrmengen an Restmüll und Bioabfall.

Erste Beigeordnete Schulze Hessing teilt mit, dass die Ablieferungsmengen am Wertstoffhof wesentlich höher gewesen seien, als vermutet, was zu höheren Kosten geführt habe. Der positive Aspekt sei die ordnungsgemäße Entsorgung.

Stv. Richter erkundigt sich im Zusammenhang mit dem Geschäftsanteil an der KoPart eG nach der Zusammenarbeit mit der interkommunalen Einkaufsgemeinschaft des Städte- und Gemeindebundes NRW.

Frau Tenostendarp erläutert, dass erste Informationen vorliegen würden und die Zusammenarbeit mit der KoPart anlaufe.

Stv. Richter bittet, Bericht zu erstatten, wenn einige Erfahrungen gesammelt seien.

zu 9 Investitionsvorhaben zum Ausbau des Betreuungsangebotes in der Kita St. Marien, Weseke **Vorlage: V 2015/085**

Erste Beigeordnete Schulze Hessing erklärt, dass als Empfehlung für den Rat der Stadt Borken der Ausschuss für Jugend und Familie in heutiger Sitzung um 16.00 Uhr einstimmig für die Erweiterung der KiTa St. Marien in Weseke gestimmt habe.

Beschluss:

Der Erweiterung der Kita St. Marien, Weseke, um eine fünfte Gruppe wird zugestimmt.

Der Rat beschließt die räumliche Erweiterung der Kita.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

38 Ja-Stimmen

**zu 10 Resolution zum Ersten Gesetz zur Umsetzung der UN-
Behindertenrechtskonvention in den Schulen des Landes NW
Vorlage: V 2015/089**

Bürgermeister Lührmann erklärt, man habe sich mit dem Textentwurf an einer bereits vorliegenden Resolution orientiert und den Textentwurf in modifizierter Form erstellt.

Stv. Gliem erklärt, dass ihre Fraktion diese Resolution nicht unterstützen werde. Ein seinerzeitiger Antrag der Fraktion Bündnis'90/Die Grünen im Oktober 2009 sei abgelehnt worden. Sie verliest die entsprechenden Textstellen der damaligen Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales und Sport am 09.10.2009. Da bereits Prävention betrieben werde, sei das Erfordernis, in der 1. oder 2. Klasse einen möglichen Förderbedarf festzustellen, nicht mehr gegeben. Man habe sechs Jahre Zeit gehabt, sich mit Inklusion auseinanderzusetzen. Aus diesem Grunde sei Kritik an der Landesregierung nicht angebracht.

Bürgermeister Lührmann meint, die Intention der Resolution sei nicht verstanden worden, da den Eltern ein Wahlrecht zu geben sei und durch die Vorgaben des Landes Inklusion erschwert werde.

Stv. Gliem erklärt, nicht auf jeden einzelnen Satz der Resolution eingehen zu wollen. Kinder, die Behinderteneinrichtungen besucht hätten, würden auch die Nachteile kennen. Grundsätzlich würden Förderschulen gute Arbeit leisten. Sie bevorzuge das Gemeinsame Lernen in Regelschulen. In drei bis vier Jahren sei erkennbar, was aus Förderschulen geworden sei.

Stv. Richter bedauert, dass nicht alle Fraktionen der Resolution zustimmen würden. Schulpolitik sei Landespolitik und dazu gehöre die Bereitstellung der entsprechenden Ressourcen. Er hält den Vorwurf versäumter Bemühungen in den vergangenen Jahren für unangebracht. **Stv. Richter** weist auf den letzten Absatz der Resolution hin, mit dem nachhaltig Inklusion gefördert werden solle. Der Text der Resolution des letzten Absatzes, 3. Zeile nach „gesetzlichen“ solle wie folgt lauten: „untergesetzlichen bzw. ministeriellen Rahmenbedingungen (Mindestgrößenverordnung) des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes NRW ...“, weil gerade die Mindestgrößenverordnung nicht in das Gesetz aufgenommen worden sei.

Stv. Ebbing erklärt, sie habe gehofft, dass der Rat diese Resolution einstimmig beschließe. Durch ein von Bündnis'90/Die Grünen geführtes Schulministerium sei Chaos bei den Grund- und Förderschulen des Landes entstanden.

Stv. Fritz-Hummelt betont, ihrer Fraktion gehe es nicht unbedingt um den Erhalt von Förderschulen. Man sei nicht gegen, sondern für Inklusion: Die Kritik richte sich vor allem gegen die chaotische Umsetzung, die nicht positiv für die Kinder sei.

Stv. Gliem meint, Stv. Fritz-Hummelt spreche aus der Sicht einer Lehrerin. Viele Eltern seien mit der Umsetzung von Inklusion zufrieden. Es gebe viele Kinder, die inklusiv oder auch präventiv betreut würden, für die der Unterricht in einer Förderschule nicht mehr notwendig sei. **Stv. Gliem** weist die Kritik an der Landespolitik zurück, da bereits 25.000 Lehrer für inklusiven Unterricht qualifiziert und zusätzliche Lehrerstellen geschaffen seien. Ihr sei die Resolution zu emotional und nicht sachlich genug.

Erste Beigeordnete Schulze Hessing erläutert, dass textlich in die Resolution alle Belange vonseiten der Kinder aufgenommen werden könnten. Es gebe Rückmeldungen von den Regelschulen, dass nicht genug für Inklusion getan werde. In der Resolution habe man sich bewusst darauf beschränkt, dass Förderschulen erhalten bleiben sollen. Man wolle die Veränderung der Schullandschaft begleiten und den Eltern die Entscheidung für ihre Kinder nicht nehmen. Regelschulen sollten auf Inklusion besser vorbereitet sein. Inklusion solle in einem vernünftigen Maß unter Rahmenbedingungen erfolgen, die für die Kinder verträglich seien. Mit der Mindestgrößenverordnung sei dies nicht gegeben. Die Landesregierung solle über ihre Inklusionspolitik nachdenken und die Eltern sollten entscheiden dürfen, an welche Schule sie ihre Kinder anmelden.

Bürgermeister Lührmann weist darauf hin, es gehe nicht darum, ob Kindern z. B. ein Schulweg von Marbeck nach Borken zumutbar sei, sondern behinderten Kindern eine Strecke von Borken nach Bocholt.

Stv. Richter schlägt vor, wenn man teilweise die Inhalte mittrage, sei es möglich, sich der Stimme zu enthalten.

Stv. Gliem erklärt, wenn sie auch Teile der Resolution mittragen könne, treffe dies auf den größten Teil nicht zu. Sie sei nicht gegen Förderschulen, aber diese seien dabei, sich selbst aufzulösen. Gemeint sei die Johannesschule als Förderschule für Lernbehinderte.

Bürgermeister Lührmann betont, es gehe darum, ein Förderschulangebot in zumutbarer Nähe für Borkener Kinder zu erhalten. Das sei nicht zu gewährleisten, wenn es im Kreis Borken keine Förderschule mehr gebe.

Stv. Niemeyer kommt darauf zu sprechen, dass die Resolution von der Verwaltung ausgearbeitet worden sei, weil dies in letzter Sitzung so einstimmig beschlossen worden sei. Dies richte sich nicht gegen die Landesregierung. Die Mindestgrößenverordnung sei nicht auf den ländlichen Raum anwendbar. Die Wahlfreiheit der Eltern sei zu sichern. Die Resolution sei mit der nötigen Klarheit so allgemein formuliert, dass man ihr zustimmen könne, ohne die politische Gesinnung zu verleugnen.

Stv. Gliem meint, die Entscheidung bleibe jedem selbst überlassen.

Bürgermeister Lührmann lässt über den Beschlussvorschlag für eine Resolution mit den entsprechenden textlichen Änderungen abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Borken beschließt die vorliegende Resolution des Rates der Stadt Borken zum Ersten Gesetz zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen (9. Schulrechtsänderungsgesetz NRW) mit den in der Sitzung geänderten Textstellen und beauftragt die Verwaltung, diese geänderte Resolution an das Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes NW weiter zu leiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

34 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

zu 11 CDU-Antrag - Berichterstattung zum Regionaleprojekt Centrum für Religionen - Kloster Gemen

Bürgermeister Lührmann verliest den CDU-Antrag zur Berichterstattung über das Regionalprojekt Centrum für Religionen – Kloster Gemen – (Anlage 01) in nächstmöglicher öffentlicher Sitzung, soweit dies die Hauptsatzung der Stadt Borken zulasse, und kommt zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Borken beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, dass entsprechend dem CDU-Antrag in nächstmöglicher Sitzung Bericht zum Regionalprojekt Centrum für Religionen – Kloster Gemen - zu erstatten ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Annahme bei:

38 Ja-Stimmen

zu 12 Mitteilungen und Anfragen

sh. Unterpunkte

zu 12.1 Kastanienbäume Jugendburg Gemen

Erste Beigeordnete Schulze Hessing informiert über Bakterienbefall von weiteren fünf bis sechs Kastanien zwischen Jugendburg Gemen und Platzanlage Westfalia Gemen, die aufgrund akuter Bruchgefahr kurzfristig zu fällen seien. Bereits 2013 seien einige

Kastanien als Sicherheitsmaßnahme für Spaziergänger und Sportler gefällt worden, da bei starkem Wind eine Standfestigkeit nicht mehr gegeben sei. Auch von der Unteren Landesbehörde werde keine andere Lösung gesehen. Im Herbst werde geprüft, ob noch weitere Kastanien betroffen seien. Sehr gut im Laub stehe ein landschaftsprägender Baum, der erhalten bleibe. Überlegt werde, eine neue Allee mit Linden anzulegen, die widerstandsfähig seien und zum Charakter der Burg passen würden.

zu 12.2 Friedhofseingang Windthorststraße

Bürgermeister Lührmann nimmt Stellung zur SPD-Anfrage im Hinblick auf die Passierbarkeit des Friedhofseingangs Windthorststraße für behinderte Menschen im Rollstuhl. Der Eingang an der Windthorststraße sei grundsätzlich für Friedhofsbesucher im Rollstuhl zugänglich, allerdings nicht unmittelbar. Man wolle den Zugang nicht ohne Weiteres ermöglichen, um keine Durchfahrt für Rad- und Motorradfahrer zu schaffen.

zu 12.3 Ausschussbesetzung RGRE

Bürgermeister Lührmann berichtet über die Aufforderung des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) zur Neubenennung der Ausschüsse für deutsch-französische, deutsch-polnische oder Kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Pro Kommune und pro Ausschuss könnten max. zwei Delegierte benannt werden. **Bürgermeister Lührmann** bittet die Ratsmitglieder sich zu melden, falls Interesse zur Beteiligung an einem dieser Ausschüsse bestehe.

gez.

Lührmann
Bürgermeister

gez.

Wensing
Schriftführerin